

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 123

Dienstag, 31. Mai 1983

Einzelpreis 80 Pfennig



EINE WAFFENSCHAU DER BUNDESWEHR verfolgte am Dienstagnachmittag der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger (zweiter von links) zusammen mit seinem deutschen Kollegen Manfred Wörner und dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Meinhard Glanz (rechts), auf einem NATO-Truppenübungsplatz in der Lüneburger Heide. Funkbild: dpa

## Ein Thema: Abrüstung

Wirtschaftsfragen beim Gipfel in Hintergrund gedrängt

Williamsburg. (dpa) Die Sicherheits- und Abrüstungspolitik, vorsichtige Zuversicht in eine weltweite Erholung der Wirtschaft und ein demonstratives Bemühen um einheitliche Positionen des Westens beherrschten den neunten Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten im amerikanischen Williamsburg. Von europäischer Seite wurde allerdings auch offen und deutlich Kritik an den noch ungelösten Haushaltsdefiziten der USA und den hohen Zinsen geübt, die die Aussichten für die Wirtschaftserholung beeinträchtigen.

Mit einer von US-Präsident Ronald Reagan verlesenen gemeinsamen Erklärung sind die Beratungen am Montag in Williamsburg zu Ende gegangen. Darin bekennen sich die Staats- und Regierungschefs der USA, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und Kanadas sowie die EG-Kommission zu den gemeinsamen Werten der westlichen Demokratie. Sie sehen deutliche Zeichen für einen Aufschwung der Wirtschaft. Die Gipfelteilnehmer vereinbarten, sich im nächsten Jahr in Großbritannien wiederzusammeln.

Die Regierungen verpflichteten sich, mit ihrer Geld- und Haushaltspolitik zu einem Rückgang der Inflation und zu niedrigeren Zinsen beizutragen und die gegenseitigen Konsultationen zu verstärken, um mehr Übereinstimmung in der Wirtschaftspolitik und größere Stabilität bei den Wechselkursen zu erreichen. Mit fortschrei-

tendem Aufschwung sollen Handelsbeschränkungen wieder abgebaut werden. Zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen heißt es, sie müßten mit den Sicherheitsinteressen des Westens vereinbar sein.

Entgegen Wünschen der Franzosen und der Japaner, die nur bedingt, beziehungsweise nicht zur NATO gehören, verabschiedete der Gipfel nach langwierigen, sich über mehrere Stunden hinziehenden Beratungen eine besondere Erklärung des Wirtschaftsgipfels zur Abrüstung.

Darin bekräftigten die versammelten Industrieländer ihre Entschlossenheit, zur Abschreckung eines Angriffs militärisch ausreichend stark zu sein. Gleichzeitig betonten sie ihren ernstesten Willen, das Arsenal der Atomwaffen zu verringern und die Bereitschaft, darüber mit der Sowjetunion zu verhandeln. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wertete die Erklärung als ausdrücklichen Appell an Moskau, die Zusammenarbeit mit dem Westen auf allen Abrüstungsebenen fortzusetzen. Der amerikanische Außenminister George Shultz sagte, nach der jüngsten Drohung der Sowjetunion habe „Flagge gezeigt und Stärke und Entschlossenheit demonstriert“ werden müssen.

Deutliche Meinungsunterschiede hatte es nach Informationen aus Konferenzkreisen bei der Abfassung der Erklärung und insbesondere über die Einbeziehung der britischen und französischen Atomraketen gegeben. Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau wollte nur eine allgemein abgefaßte Erklärung ohne nähere Beschreibung der westlichen Verhandlungspositionen. Nach dem am Ende beglückten Text wird die Sowjetunion vor Versuchen gewarnt, den Westen dadurch spalten zu wollen, daß „die Einbeziehung von Abschreckungskräften dritter Länder wie beispielsweise Frankreichs und des Vereinten Königreichs“ in die Genfer Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen werde.

**Bonn: Beifall und Kritik**

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle hob als wichtigen Fortschritt hervor, daß Japan die Positionen des NATO-Bündnisses in den Abrüstungsverhandlungen, wie beispielsweise auch den Doppelbeschluß, mittrage. Nach Angaben von FDP-Sprecher Herbert Schmülling nannte das Parteipräsidium die Erklärung von Williamsburg eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen in Genf.

Dregger meinte: „Wir verzichten gern auf die Pershing II, wenn auch die SS-20 verschwinden.“ Der Westen erkenne das Sicherheitsbedürfnis der UdSSR an. „Aber unser Sicherheitsbedürfnis ist ebenso berechtigt.“ Vogel widersprach dagegen der Auffassung, daß die Pershing II „unersetzlich“ sei. Seine Partei sehe auch beim gegenwärtigen Stand der Genfer Verhandlungen durchaus Alternativen, die eine Stationierung überflüssig machten. (Siehe auch Seite 2: „Der Krell...“)

## Gegen den Tornado

Spanien kauft die US-Jagdbomber

Madrid. (dpa) Spanien wird zur Modernisierung seiner Luftwaffe 72 amerikanische Jagdbomber vom Typ F-18 A Hornet im Wert von rund fünf Milliarden Mark in den USA kaufen. Diese Entscheidung gab Regierungschef Felipe Gonzalez bekannt.

Die Madrider Regierung entschied sich damit trotz des Drucks verschiedener europäischer Regierungen gegen das europäische Kampfflugzeug Tornado, das von den Sozialisten in den letzten Monaten noch einmal in die engere Wahl gezogen worden war. Die Vorentscheidung für die amerikanische F-18 der Firma McDonnell Douglas war bereits von der vorherigen Zentrumsregierung getroffen worden. Der „Jahrhundertauftrag“ war bis zum letzten Moment zwischen amerikanischen und europäischen Firmen umkämpft. Beide Seiten boten große wirtschaftliche Kompensationen an.

## Weinberger: Nie als erste Gewalt anwenden

US-Verteidigungsminister in Bonn: Durch Abschreckung und notfalls Nachrüstung den Frieden sichern

Bonn. (dpa) Nur die Nachrüstungspläne der NATO haben die Sowjets nach den Worten von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger an den Genfer Verhandlungstisch gebracht. Allein die Aussicht auf die Verhandlungschance zur Verringerung der Nachrüstung habe für Moskau den notwendigen Anreiz besessen. In einer vorbereiteten Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik warnte Weinberger am Montag in Bonn vor jedem einseitigen Verzicht des Westens, der von Moskau „als klares Signal“ verstanden würde, nicht mehr verhandeln zu müssen, „weil wir dann einseitig die Waffen aufgeben haben würden, die sie am meisten fürchten“.

Der amerikanische Verteidigungsminister, der heute vor dem Weiterflug zur NATO-Ministerkonferenz in Brüssel mit seinem deutschen Kollegen Manfred Wörner über Verteidigungsprobleme sprechen will, setzte sich für den Fortbestand der Abschreckungsdoktrin ein. Die Voraussetzung sei das Gleichgewicht und dies würde zerstört, wenn der Westen seine Nachrüstungspläne aufbebe. „Das ist der Grund, warum wir in der NATO die Modernisierung unserer Atomstreitkräfte und die Wiederherstellung des nuklearen Gleichgewichts beschlossen haben – und nicht etwa weil wir glauben, daß ein Atomkrieg gewonnen werden könnte.“

Weinberger übermittelte eine Botschaft von Präsident Ronald Reagan, die eine feierliche Verpflichtung „tiefer, persönlicher Verantwortung zur Verringerung der Atomwaffen“ enthalte und der sich der Verteidigungsminister auch im Namen von Außenminister George Shultz „und der ganzen amerikanischen Regierung“ anschloß. Die Verringerung der Waffen und die Aufrechterhaltung der Abschreckung lasteten gleichermaßen auf dem Gewissen des amerikanischen Präsidenten, der „alles in seinen Kräften Stehende tun wird, um die gegenseitige Verringerung der nuklearen Rüstung zu suchen und zu erreichen“.

Der amerikanische Verteidigungsminister, der die „Drohung eines Atomkrieges“ eine An-

gelegenheit von höchster Wichtigkeit für die ganze Menschheit nannte, erinnerte auch an eine Versicherung Reagans, der ebenfalls gesagt habe, ein Atomkrieg könne nicht gewonnen werden. Weinberger rechtfertigte den weiteren Rüstungsaufbau, um sowjetische Vorsprünge aufzuholen. Die Abschreckung könne nur funktionieren, wenn die Vergeltungsmöglichkeit des Westens glaubhaft vorhanden sei. Jedoch „werden wir niemals die ersten sein, die Gewalt anwenden“.

## Israel über neue PLO-Angriffe besorgt

Im Mai starben allein acht Soldaten bei Überfällen – Von den Syrern geduldet?

Jerusalem/Beirut. (dpa) Eine neue Welle von Angriffen palästinensischer Guerillas auf israelische Truppen in Libanon erregt Israel. Nach Angaben von Radio Beirut feuerten Palästinenser am Montag eine Rakete von der syrisch kontrollierten Bekaa-Ebene auf israelische Stellungen südöstlich von Beirut. Syrische Truppen seien erschienen, hätten die Raketenbatterie abgebaut und die Palästinenser gemahnt, die Stellung wieder zu verlassen.

Am Sonntag waren zwei Soldaten getötet und drei weitere verletzt worden, als ihre Fahrzeuge an der Straße Beirut-Damaskus aus einem vorbeifahrenden Zivilfahrzeug beschossen wurden. Auch am Tag davor hatten Guerillas in Ostlibanon einen israelischen Soldaten getötet und bei dem Feuergefecht selber einen Kämpfer verloren. Insgesamt sollen nach Angaben von Radio Jerusalem bei 33 Palästinenserangriffen im Mai acht israelische Soldaten getötet und 73 verwundet worden sein.

Israelische Sicherheitsexperten äußerten die Ansicht, daß Damaskus den palästinensischen Guerillaverbänden freie Hand zur Operation gegen die israelischen Einheiten gewähre. „Wir können diese Situation, in der Terroristen gegen unsere Einheiten in Libanon eingesetzt werden, nicht lange hinnehmen“, hieß es dazu aus politischen Kreisen Jerusalems.

PLO-Chef Jassir Arafat hat Presseberichten aus Beirut zufolge inzwischen beschlossen, „aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Damaskus“ das Hauptquartier der palästinensischen Befreiungsorganisation zeitweilig in die nordlibanesischen Stadt Tripoli zu verlegen. In den Außenbezirken der Stadt liegen zwei große

Die Nachrüstungsgegner in den Friedensbewegungen sprach Weinberger nur indirekt durch ein Gleichnis aus Homers Ilias an, aus dem er die Schlußfolgerung zog, daß „die Jungen und manchmal auch die nicht mehr so Jungen nicht erkennen können, was sie schützt“. Seine Generation sei zu alt und „hoffentlich auch zu erfahren“, um beim Anblick der Beschützer in Angstgeschrei auszubrechen.

**Schmidt-Äußerungen kritisiert**

Weinberger kritisierte Äußerungen des früheren Bundeskanzlers Schmidt, in denen dieser Zweifel am Verhandlungswillen der USA geäußert hatte. Die fortgesetzte Behauptung, US-Präsident Ronald Reagan meine es nicht ernst, „entbehrt jeder Grundlage und ist in äußerster Weise undenklich“, betonte Weinberger. „Mir scheint dies ein Versuch zu sein, Positionen zu verändern, für deren Einrichtung Exkanzler Schmidt schließlich verantwortlich war.“

Palästinenserlager. Arafats Gegner innerhalb der „Fatah“, der von Arafat geführten größten PLO-Gruppe, versuchten unterdessen in Damaskus ihre Stellung zu stärken. Die „Rebellen“ werfen Arafat vor, den bewaffneten Kampf mehr und mehr zugunsten der Diplomatie aufzugeben.

**Syrien nennt Bedingungen**

Syrien macht eine Änderung seiner Haltung zum libanesisch-israelischen Abkommen und die Wiederaufnahme von Gesprächen mit den USA angehängt von fünf Bedingungen abhängig, die von den USA angenommen werden müßten:

1. Das israelisch-libanesisches Abkommen beendet lediglich den Kriegszustand zwischen beiden Ländern und darf nicht zu einer Normalisierung der Beziehungen oder einem Friedensvertrag führen.
2. Eine Vereinbarung ähnlich der über die israelischen Sicherheitsinteressen in Südlibanon wird auch zwischen Libanon und Syrien für Nordostlibanon getroffen.
3. Die USA versprechen schriftlich, Verhandlungen über die von Israel besetzten Gebiete Westjordanland, Gaza und Golanhöhen zu reaktivieren.
4. Die USA leisten finanzielle Kompensation für die materiellen Verluste der syrischen Streitkräfte durch die israelische Invasion in Libanon vom letzten Sommer.
5. Ein arabischer Gipfel segnet die syrische Haltung ab und verabschiedet die nötigen Entschließungen für den Abzug der syrischen Truppen aus Libanon.

## Textil: 3,2 Prozent

Abschluß für Nordbayern ist perfekt

Schnaittach. (Iby) Die 32000 Beschäftigten der nordbayerischen Textilindustrie erhalten ab 1. Juni 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Nach der am Montag bei der fünften Tarifverhandlung in Schnaittach bei Nürnberg getroffenen Vereinbarung wurde allen Arbeitnehmern für den Monat Mai ein Pauschalbetrag von 50 Mark zugebilligt.

Die Vergütungen für die Auszubildenden erhöhen sich ab 1. Mai um 15 bis 22 Mark. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30. April 1984. Während der Verhandlungsrunde um ein neues Tarifabkommen war es in mehreren Betrieben der Textilindustrie in Nordbayern zu Warnstreiks gekommen.